



Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen
www.akf-koeln.de



Wahlprüfsteine zur Europawahl 2009:

Potenziale von Gender Mainstreaming nutzen!

Die EU als Wirtschaftsstandort: Brüssel plant ein eigenes Konjunkturprogramm zur Stärkung der Realwirtschaft und fordert schärfere Regeln für die Kontrolle der Finanzmärkte. Kandidaten und Kandidatinnen für das Europäische Parlament betonen im Vorfeld der Wahl, es gehe dabei in erster Linie um die Rettung von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Auch für die Europäische Union stehe Sicherheit und Wohlergehen der Menschen im Mittelpunkt der Bemühungen um Stabilität und Neuorientierung.

Wird die Krise der industriellen Wachstumsökonomie in einen neuen Aufschwung münden? Kritische Beobachter bezweifeln, dass Politik auf den ausgetretenen Pfaden der expansiven Marktwirtschaft einen Zustand stabiler Prosperität mit egalitären Teilhabechancen aller Gruppen und Bereiche erreichen kann. Sie gehen davon aus, dass eine Restrukturierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik unumgänglich ist, um den ökologischen und sozialen Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Weltweit ringen (vor allem) zivilgesellschaftliche Initiativen um neue Leitbilder für zukunftsfähiges Wirtschaften.

Die Logik der globalen Märkte fußt auf der Produktivität der Güterproduktion. Sie drängt Regionen, Wirtschaftszweige und Bevölkerungen ins Abseits, die von der Dynamik der (Güter)Märkte nicht begünstigt werden. Strukturell sind die überkommenen Arbeitsfelder von Frauen, d.h. (bezahlte und unbezahlte) Dienstleistungen für Personen und Haushalte (*Care*) in besonderer Weise benachteiligt. In den Bilanzen industriellen Wirtschaftens wurden Aufwendungen für diesen Bereich stets als Kosten betrachtet, die es folglich zu minimieren galt. Diese Sicht ist nicht nur unter Gleichstellungsaspekten überholt. Mit einem im Vergleich der Industrieländer schwach entwickelten Dienstleistungsbereich hat z.B. der Standort D Nachholbedarf.

Die gegenwärtige Krise trifft zunächst die industriellen Kernbereiche, in denen vor allem Männer beschäftigt sind, besonders hart. Konjunkturprogramme kommen deshalb vor allem Männern zugute. Es muss verhindert werden, dass die neuerliche Privilegierung von Männern auf lange Sicht mit einer Schwächung der Ressourcen von Frauen und ihrer angestammten Aufgaben in der Personensorge einhergehen. Eine Stärkung und Befestigung klassischer industriewirtschaftlicher Strukturen ist mit dem Gleichstellungs-Postulat unvereinbar.

Gender Mainstreaming, das seit dem Amsterdamer Vertrag verpflichtende Vorgabe für die Gleichstellung der Geschlechter in den Mitgliedsländern ist, zielt auf den Abbau geschlechtsbedingter Ungleichgewichte in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft. In ihrem Abschlussbericht verweist die

Expertenkommission des Europarats 1998¹ auf die Notwendigkeit, in den Mainstreaming-Prozess auch nicht-ökonomische Belange einzubeziehen. Es gehe darum, den strukturellen *male bias*² herauszufordern, der die ganze Gesellschaft durchdringt.

Dasselbe gilt für das **Gender Budget**, das 2003 vom Europäischen Parlament als Anwendung von Gender Mainstreaming im Haushaltsverfahren empfohlen wurde.³ Seine Reichweite hängt davon ab, dass die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union sich im 21. Jahrhundert nicht mehr vorrangig an den ökonomischen Strukturen des Industriezeitalters orientiert. Gender Budgets können verhindern, dass die staatliche Stützung industriewirtschaftlicher Arbeitsplätze zur Kürzung der – ohnehin knappen – Ressourcen für die von Frauen repräsentierten Aufgaben der *Care Economy* führt.

Die geschlechtergerechte Verwendung von Haushaltsmitteln setzt ein Umdenken in Gang, wie es schon 2004 von der Expertengruppe des Europarats⁴ eingefordert wurde. Sie verwies auf die Defizite der theoretischen Grundlagen und erwartete von praxisorientierten neuen Ansätzen eine grundsätzliche politische Neuorientierung.

Geeignete Verfahren der **Partizipation** (NGO's, Bürgerbeteiligung) geben Aufschluss über konkrete Problemlagen und eröffnen Wege für konstruktive Lösungen im Kreuzfeuer durchaus widersprüchlicher Interessen.

Fragen an die EuropakandidatInnen für Bonn, Köln, Leverkusen, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Sieg-Kreis:

- In welchen Bereichen und Programmen der Europäischen Union sehen Sie Ansatzpunkte für eine offensive Fortführung der Gleichstellungspolitik? Unter welchen Bedingungen lässt sich die bisher erfolgreich praktizierte Verknüpfung von Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Gleichstellungspolitik aufrecht erhalten?
- Halten Sie es für denkbar, dass von einer stringenten Durch- und Fortführung von Gender Mainstreaming Impulse für eine Neuorientierung auch anderer Politikbereiche ausgehen?

Dr. Elisabeth Stiefel, Mai 09

Gender-Mainstreaming-Expertin und Mitglied im Beirat des Kölner Beteiligungshaushaltes ‚Deine Stadt – Dein Geld‘, delegiert vom Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen (AKF-Köln) und dem FrauenForum des KölnAgenda e.V.

¹ vgl. [Europarat/Group of Specialists on Mainstreaming \(1998\), Gender Mainstreaming. Conceptual framework, methodology and presentation of good practice. Final report of Activities of the Group of Specialists on Mainstreaming \(EG-S-MS\). EG \(98\) 3.](#)

² männlich geformte Denk- und Handlungsweisen

³ vgl. [Entschließung des Europäischen Parlaments zu "Gender Budgeting" – Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten \(2002/2198\(INI\)\)](#) Referenzangabe: P5_TA(2003)0323

⁴ Vgl. [Gender budgeting. Final report of the Group of specialists on gender budgeting \(EG-S-GB\)](#)